

Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Sachsen hat das als Personenzusammenschluss fungierende Organisationsteam der Montagsdemonstrationen in Görlitz, dem gegenwärtig vier Personen zugerechnet werden, mit Wirkung vom 13. Oktober 2023 als erwiesene extremistische Bestrebung dem Beobachtungsobjekt „Demokratiefeindliche und/oder sicherheitsgefährdende Delegitimierung des Staates“ zugeordnet. Die Montagsdemonstrationen in Görlitz sind im Rahmen der Bearbeitung des Phänomenbereichs „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ (DEL) regelmäßig durch organisatorische und inhaltliche Extremismusbezüge nachrichtendienstlich in Erscheinung getreten. Das Organisationsteam ist in der extremistischen Szene gut vernetzt und unterhält Kontakte zu den „Freien Sachsen“ sowie zu überregional aktiven Rechtsextremisten und Akteuren der „Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ (DEL). Das Organisationsteam bietet seinen extremistischen Kontaktpersonen regelmäßig eine Bühne bei den Montagsdemonstrationen in Görlitz.

Seit einigen Monaten bringen die Montagsdemonstrationen in Görlitz konstant mindestens 300 Protestteilnehmer auf die Straße. Am 10. Juli 2023 mobilisierte das Organisationsteam ca. 1.100 Teilnehmer.

Inhaltlich konzentrieren sich die Demonstrationen auf klassische politische Protestthemen, wie die Corona-Pandemie oder den Ukraine-Krieg. Dabei wird insbesondere eine klar pro-russische Position eingenommen. Das Organisationsteam nutzt die Montagsdemonstrationen, um die gängigen russischen Narrative in Bezug auf den Ukraine-Krieg bei seinen Montagsdemonstrationen zu verbreiten. Die Gruppierung verfolgt den Zweck, die Protesthaltung in der Bevölkerung zu kanalisieren und Interessierten aus der Region regelmäßig montags eine Protestplattform zu bieten. Die staatlichen Entscheidungsträger werden über die in der politischen Auseinandersetzung übliche Kritik hinaus zum klaren Feindbild stilisiert, und die grundlegende Ablehnung der gegenwärtigen politischen Entscheidungsfindung wird zum Ausdruck gebracht. Die Verhaltensweisen sind dazu geeignet, das Vertrauen Dritter in den Staat und seine demokratischen Institutionen zumindest in Ansätzen elementar zu erschüttern. Durch die regelmäßig stattfindenden Protestveranstaltungen werden die demokratisch legitimierte Entscheidungsträger herabgewürdigt bzw. diffamiert sowie demokratische Entscheidungsprozesse und Institutionen von Legislative und Exekutive massiv verächtlich gemacht. Die Organisatoren des Protestes verbreiten bei ihren Montagsdemonstrationen entweder durch eigene Beiträge oder durch Gastredner Thesen und Narrative, die im Phänomenbereich der „Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ beheimatet sind. Diese umfassen beispielsweise folgenden Themen:

- Corona-Pandemie
- Energiepolitik
- Frieden und Waffenlieferungen
- Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Die genannten Themenkomplexe werden zum Anlass genommen, den demokratisch gewählten Regierungsmitgliedern ein grundlegendes Versagen zu attestieren und ihnen zudem böse, krude Absichten zu unterstellen.

Auch durch Gastredner werden bei den Montagsveranstaltungen in Görlitz zudem pro-russische Positionen verbreitet, welche die NATO als klares Feindbild stilisieren. Dazu wird regelmäßig das Mittel der Desinformation herangezogen. So warf ein der extremistischen Szene zuzurechnender Gastredner beispielsweise dem Westen vor, gezielt einen Weltkrieg vorzubereiten. Zudem rekurrierte er auf die Verschwörungstheorie der „Plandemie“ und bezeichnete den russischen Überfall auf die Ukraine als „Lüge“. Stattdessen sei der Krieg durch die NATO bewusst provoziert worden.

Bei den Montagsdemonstrationen in Görlitz sind verfassungsschutzrelevante Redebeiträge keine Seltenheit. So wurde die Bundesregierung mehrfach als „korrupt“ und „faschistisch“ bezeichnet und die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland in einer massiven Art und Weise diffamiert. Der Hauptredner seitens des

Organisationsteams fordert nach wie vor Konsequenzen für die angeblichen „Corona-Verbrechen“ sowie die juristische Verurteilung führender Politiker, insbesondere des amtierenden sächsischen Ministerpräsidenten.

Dadurch entzieht es den demokratisch legitimierten Regierungsmitgliedern und deren politischen Entscheidungen sämtliche Legitimität und richtet sich dadurch in der Konsequenz gegen das Demokratieprinzip. Ähnlich argumentierte der „Kopf“ des Organisationsteams in seiner Rede am Mai 2023, als er auch Richtern eine rechtmäßige Amtsführung absprach und ihnen unterstellte – in Bezug auf den Umgang mit dem Versammlungsrecht während der Corona-Pandemie – bewusst Unrecht walten gelassen zu haben. Dadurch machte er auch die Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland verächtlich.

Im Mai 2023 äußerte sich ein weiteres Mitglied des Organisationsteams wie folgt:

„Der Faschismus, mit seiner Kontrollsucht, seiner nach innen aber auch nach außen gerichteten Aggressivität tritt immer unverhohlener zum Vorschein: von Barbarossa, über Vergeltungswaffen, Kriegswirtschaft, bis hin zum Volkssturm, wird alles wieder auf dem Versuchsfeld der Ukraine zelebriert.“

Durch Aussagen wie diese werden der Bundesregierung seitens des Organisationsteams regelmäßig bewusst menschenverachtende und kriegstreiberische Absichten unterstellt. Diese Anschuldigungen und Verächtlichmachungen dienen dazu, politischen Entscheidungsträgern gänzlich das Vertrauen zu entziehen.